Ausgabe 1, Jahr 2018

Januar/Februar/März

#### Mitgliederversammlung

der DKP Leipzig: immer am zweiten Montag eines Monats, 19.00 Uhr, Liebknecht-Haus-Leipzig (LHL) (Braustraße 15), 1. Etage.

#### Nächste Treffen:

08. Januar 201812. Februar 201812. März 201809. April 2018

dkp-leipzig@gmx.de die-dkp-leipzig.de

V.i.S.d.P.: Martin Zielke

# Die Entstehung einer Zahl

Panikmache und Profitgier

Die rückständigsten Teile der deutschen Industrie machen gegen die Energiewende mobil. Bis 2025 soll diese 520 Milliarden € kosten, das entspricht fast einem Bundesjahreshaushalt. Bei genauerem hinsehen stellt sich heraus, in wessen Interesse die "Studie" erarbeitet und ihr Ergebnis gelenkt wurde.

Erstens ist der Auftraggeber der aktuellen Studie die "Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft". Für sie steht natürlich der Profit ihrer Unternehmen im Vordergrund. Zweitens hat dieser vornehme Klub Mitglieder wie die "UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. ", also einflussreiche Luft- und Umweltverschmutzer.

Drittens wurden alles andere als unparteiische "Experten" engagiert, in diesem Fall von "Prognos". Dieses private Beratungsunternehmen gehört zur Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck. Wer diese Gruppe nicht kennt, kennt bestimmt ihre Produkte wie "Tagesspiegel", "Handelsblatt" oder "Die Zeit".

Viertens sind die Methoden zur Errechnung dieser Summe fast

kriminell. Zum Beispiel werden ausnahmslos alle geplanten Investitionen, die im gesamten Energiesektor bis 2025 getätigt werden, der Energiewende angerechnet. Oder der EEG-Umlage wird der Anstieg der Strompreise angelastet, obwohl kein derartiger Zusammenhang besteht. Aber die Kosten fossiler Energieträger werden elegant ausgelassen. Dabei werden Gas und Öl in der BRD mit 46 Mrd. € im Jahr subventioniert.

Fünftens und wenig überraschend wurden Zahlen schlicht abgeschrieben. Und das auch noch von einer Studie der "Initiative neue soziale Marktwirtschaft", ein Lobbyverein im Dauerkampf gegen ein "zu hohe Lohnnkosten".

Unterm Strich ist es zweitrangig, welche Summe der Kampf gegen den Klimawandel kosten wird. Die Hauptfrage ist die: wer bezahlt dafür? Die Arbeiter, die keine Entscheidungsgewalt darüber haben, was wie produziert wird? Oder die Entscheidungsträger der Industrie, die den Großteil des Klimawandels zu verantworten haben und daran auch jetzt noch großartig verdienen?

Ein Genosse

## Mit beiden Augen sieht man besser

Leipzig und die Kriminalität

Fast jeder kennt die Messe- und Kongressstadt Leipzig, oder, wie Goethe im ersten "Faust" formuliert, Klein-Paris. Weltoffenheit ist ein wichtiger Punkt für einen breiten Teil der Leipziger Bevölkerung, ein Beweis dafür ist das Engagement gegen die LEGIDA-Bewegung. Doch so schnell und einfach lassen sich Ängste nicht überwinden. Noch immer werden die eigentlichen Probleme unserer kapitalistischen Gesellschaft "nicht erkannt". Die Bevölkerung fühlt sich laut Umfragen immer unsicherer aufgrund der steigenden Kriminalität in ihrem Umfeld.

Leipzig bleibt dem nicht verschont und ist in Sachen Kriminalität auf eines der obersten Plätze auf der Rangliste. Wenn man sich jedoch die Zahlen der Bevölkerungsentwicklung genauer anschaut, erklärt sich dieses Problem recht schnell. Steigt die Anzahl der Bewohner/innen, so wird man durchaus auch mehr Straftaten verzeichnen können. Leipzig ist in den letzten 5 Jahren von ca. 510.000 Einwohner/innen auf ca. 590.000 gestiegen.

Ja, auch die Anzahl der Geflüchteten ist in den letzten Jahren in Leipzig gestiegen. Dabei muss aber beachtet werden, dass in die Kriminalstatistik auch Delikte einfließen, die nur von Flüchtlingen begangen werden können - z.B. illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt. Laut Polizeisprecher Andreas Loepki werden diese Delikte in anderen Bundesländern überhaupt nicht verfolgt. Jedoch in Sachsen kommen diese zur Anzeige, auch wenn diese dann später komplett wieder eingestellt wird. Wem nützt das? Es wirkt auf jeden Fall polarisierend und ist ein gefundenes Fressen für rechtspopulistische Parteien und Organisationen.

Für viele Menschen sind Einwanderung und Flüchtlinge ein zentraler Faktor ihrer Unsicherheit. Dabei haben wir es keineswegs mit neuen Erscheinungen zu tun, sondern einem sich immer wieder wiederholendem Phänomen.

Zurück zur Kriminalität in Leipzig. Ein sehr wichtiger Punk ist die Kinder-Jugendkriminalität, die 2016 erschreckende Ausmaße angenommen hatte. Von 25.750 Tatverdächtigen, waren 2016 1.680 Minderjährige, die unter 14 Jahre und damit noch nicht strafmündig waren. Im Vergleich: 2015 waren es 617 Tatverdächtige, also ein Zuwachs von mehr als 172 %. Bei den 14- bis 18-Jährigen waren es 1.784 Tatverdächtige (2015: 1238), eine Steigerung von 69 %. Bei 18- bis 21-Jährigen 2.040 (2015: 1486), auch hier ein Zuwachs, und zwar von 79 %. Woran liegt diese markante Steigerung?

Könnte es die seit Jahren extrem steigende Kinderarmut sein? Oder die prekäre Situation vieler Jugendlicher, die keine Arbeit oder Ausbildung finden? Für Aufstocker. Leiharbeiter oder Arbeitslose ist der Gang ins Museum oder zu anderen Freizeitangeboten oft finanziell nicht tragbar. Wenn also Kinder und Jugendliche ohne Perspektive und Beschäftigung bleiben, ist der Abrutsch in die Kriminalität leider eine Folge. Präventionsmaßnahmen zu treffen, möchte die Polizei nun bis 2019 neue Streifenwagen nach Leipzig holen, um eine Steigerung der Kriminalität entgegenzuwirken. Diese Maßnahme wird das Problem nicht ansatzweise lösen.

Kurzum, ja die Anzahl der Straftaten ist gestiegen, wie auch die Anzahl der Bewohner Leipzigs, wie auch die Perspektivängste. Schaut man sich die Statistiken genauer an, fußt das Problem nicht bei den Flüchtlingen, sondern ist systemimmanent.

Die DKP möchte mit diesem Teufelskreis durchbrechen indem sie den Kapitalismus revolutionär überwindet. Sie fordert aber vorerst u.a. öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, Schulen, Jugendzentren und Krankenhäuser. Für Frieden, Arbeit und Solidarität!

## Kapitalistische Misswirtschaft

Die Trümmer der Wiedervereinigung

Mehrmals im Jahr verschlägt es den Schreiber dieser Zeilen in die sächsische Provinz. Auf dieser Strecke durchfahre ich Dörfer und Kleinstädte wie Gaschwitz, Böhlen oder Neukieritzsch. Zwei Dinge sind auf diesem Weg stets zu beobachten: erstens haben die meisten Fahrgäste den Zug bereits verlassen, bevor er überhaupt über Markkleeberg

hinaus ist (das man durchaus noch zum Leipziger Ballungsgebiet rechnen kann).

Fährt der geneigte Gast noch die restlichen Stationen bis Borna, wird ihm der zweite Grund wohl auffallen: die große Anzahl von Rui-

nen, die mich immer wieder auf dem Weg begleiten. Wohn- und Bahnhofsgebäude, Fabriken, auch Gleise werden von der Natur zurückerobert.

Doch warum ist das so? Der Hauptgrund ist ohne Zweifel die 1990 auch über das Leipziger Umland hereinbrechende "Wiedervereinigung". Tausende Arbeitsplätze, v.a. in der Braunkohleindustrie, wurden vernichtet. Eine kleine Statistik: Die Einwohnerzahl Bornas sank von 23.128 im Jahr 1990 auf 19.672 2015. Noch dramatischer zeigen sich die Auswirkungen, wenn man bedenkt, dass eine Reihe in der DDR selbstständiger Dörfer eingemeindet wurden.

Wenige Gewinner der Entwicklung wohnen nun in neu gebauten Einfamilienhaussiedlungen. Viele Verlierer sind weggezogen. Nach Leipzig, Berlin oder Westdeutschland. Es sind in erster Linie junge Menschen, die diese kleinen Dörfer und Städte verlassen. Die Erfahrung in meinem persönlichen Umfeld zeigt: wer einmal weggezogen ist, um z.B. zu studieren, bleibt in der Regel in der Großstadt. Ein Teil dieser Entwicklung ist offensichtlich und schlicht Verfall.

Bahnhofsgebäude werden vermietet (warum nicht auch damit spekulieren?). Gebäude für

die frühere Güterabfertigung wirken wie steinerne Zeugen einer längst vergangenen Zeit. Einzelne Schienenstrecken werden von Unkraut überwuchert. Verfallene Altbauten, säumen den Weg wie Bäume eine Allee. Erneuerungen an



Der Bahnhof in Borna

Strecken und Gebäuden wirken dabei wie kleine Flicken an einer zerrissenen Hose. Bei schlechtem Wetter kann die ganze Silhouette sehr niederdrückend wirken.

Zusammenfassend kann man sagen: die verfallende Infrastruktur in dieser Region ist ein Sinnbild für viele Regionen in Deutschland, die ein ähnliches Problem durchmachen. Es sind nicht nur Gebiete im Osten, die davon betroffen sind. Das Ruhrgebiet ist wohl das bekannteste Beispiel des Westens. Dieser Strukturwandel geht ausschließlich auf Kosten der Arbeitenden. Während die Vermögen der obersten paar Prozent jedes Jahr zweistellig steigen, erreichen auf der anderen Seite in derartigen Gebieten nur die Arbeitslosenquoten den zweistelligen Bereich. Es zeigt sich, dass diese Probleme gelöst werden könnten, aber an der Realität im Kapitalismus scheitern. Ein Strukturwandel, wie z.B. die Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion, darf nicht zu Lasten der Arbeiterklasse gehen.

# Käthe Kollwitz

wurde am 8. Juli 1867 in Königsberg geboren. 1881 nahm sie Kunstunterricht. 1886 ging sie in die Damenakademie. Anschließend studierte sie bis 1890 in München. Nach ihrem Studium heiratete sie und lebte als Künstlerin Königsberg. 1898-1903 war sie Lehrerin an der Damenakademie. 1914 fiel ihr Sohn Peter an der Front. Dieser Verlust brachte sie in Kontakt mit Sozialisten. Sie war Mitglied im Deutschen Künstlerbund und der Berliner Secession und arbeitete für die Internationale Arbeiterhilfe. 1919 ernannte man Kollwitz als erste Frau Professorin der Preußischen Akademie der Künste. Sie empfand sich als Sozialistin und unterstützte eine Zusammenarbeit von KPD und SPD. 1933 wurde sie zum Austritt aus der Akademie gezwungen. 1936 wurden ihre Exponate als "entartet" entfernt. 1943 floh sie vor dem Bombenkrieg nach Nordhausen. Im November wurde ihre Wohnung ausgebombt. Im Juli 1944 zog sie in den Rüdenhof Moritzburgs um. Sie starb dort am 22. April 1945 und wurde später auf dem Friedhof Friedrichsfelde beigesetzt.

### Die AfD und die Arbeiter

- Versuch einer Verführung

Der Grundwiderspruch unserer Epoche ist der zwischen Kapital und Arbeit. Auf ökonomischem, politischem und ideologischem Feld tragen Ausbeuter und Ausgebeutete den Verteilungskampf um die gesellschaftlichen Reichtümer aus. Eine wichtige Position nehmen dabei die Betriebsräte ein. Ab Mitte Februar werden diese in Deutschland neu gewählt. 180.000 Posten gilt es zu verteilen, dabei handelt es sich durchaus um einflussreiche Positionen: Lohnfragen, Arbeitsschutz, Aus- und Fortbildung. Betriebsordnung oder Gesundheitsmaßnahmen sind nur einige Gebiete, in den Betriebsräten denen Kompetenzen zugestanden werden.

Es liegt auf der Hand, dass derartige Einflussmöglichkeiten auch rechte Rattenfänger lockt. In Leipzig trafen sich aus diesem Anlass vor kurzem auf der Alten Messe bekannte Gesichter wie Jürgen Elsässer, Redakteur des "Compact"-Magazins, Björn Höcke und PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann. Diese drei sind Vertreter einer Politik, die den Interessen der Erwerbstätigen völlig entgegengesetzt ist. Beweis dafür ist u.a. das Programm der AfD, die als Sammelbecken verschiedener rechter, teilweise faschistischer Strömungen dient.

Doch: wer von einem "schlanken Sozialstaat" spricht, die Abschaffung der Erbschaftssteuer verlangt, den "Unternehmergeist fördern" will und den Klimawandel leugnet ("wissenschaftlich nicht gesichert"), darf keinen Einfluss in den Betriebsräten gewinnen. Dabei soll keineswegs suggeriert werden, dass wir es mit einer systemrelevanten oder -verändernden Einrichtung zu tun haben.

Es ist völlig offensichtlich, welcher Seite Barrikade diese Partei und ihre Gesinnungsfreunde suchen sind. Die "Arbeitgeber" haben den Gesellschaftsvertrag der "Sozialpartnerschaft" aufgekündigt. Seit drei Jahrzehnten in der Offensive, sehen sie nun eine stärkerer Notwendigkeit in der Entwicklung nach Rechts. Dabei bedienen sie sich auch Rassismus. um Arbeiterklasse in Deutsche und Nichtdeutsche zu spalten. Dabei gerade ist Solidarität untereinander eine der wichtigsten Waffe, über welche die Arbeitenden verfügen.

Unsere zweite wichtige Waffe ist unsere Organisation. Dutzende Millionen von Arbeitern und Angestellten können ihrer Kräfte erst entfalten, wenn sie diese auch bündeln. Vorerst konzentriert sich der Kampf nicht auf den Besitz der Produktionsmittel, sondern um die Verteilung des Mehrwerts. Ein wichtiges Mittel dafür sind die Betriebsräte, den Ausgang ihrer Wahl erwarten wir mit Spannung.